



Geschäftsleitung der SVP Uri

Fabio Affentranger
Wegmatt 17, 6460 Altdorf
praesident@svpuri.ch; 079 241 87 21

14. März 2021

Offener Brief an die Urner Regierung bezüglich der Corona-Vernehmlassung des Bundes

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 12. März 2021 entschieden, einen zweiten Öffnungsschritt in Konsultation zu schicken. Wenn es die epidemiologische Lage erlaubt, sollen ab dem 22. März 2021 mit Einschränkungen unter anderem wieder Veranstaltungen mit Publikum, Treffen zu Hause mit zehn Personen sowie sportliche und kulturelle Aktivitäten in Gruppen möglich sein. Restaurants sollen ihre Terrassen wieder öffnen können. Wann und in welcher Form der zweite Öffnungsschritt erfolgen kann, ist aber noch offen. Der Bundesrat entscheidet an seiner Sitzung vom 19. März über das weitere Vorgehen.

Der Bundesrat schreibt, es sollen ab dem 22. März weitere Öffnungsschritte erfolgen, «wenn es die epidemiologische Situation erlaubt». Aber er nennt keine konkrete Datenbasis für seine nächsten Entscheidungen. Das heisst, der Bundesrat behält sich alle weiteren Entscheidungen offen. Seit letzten Freitag können die Kantone zu den vom Bundesrat angedachten Lockerungen äussern. Wie sollen die Kantone Stellung nehmen können ohne konkrete Öffnungstermine und ohne verbindliche Datenbasis? Leider haben wir es einmal mehr mit einer Alibi-Vernehmlassung zu tun.

Die SVP Uri und die JSVP Uri des Kantons Uri fordern den Regierungsrat auf, sich für die Anliegen der gesamten Bevölkerung beim Bundesrat einzusetzen. Wir wollen ihnen die Anliegen all jener näher bringen, welche durch die Einschränkungen momentan massive Einbussen der Lebensqualität haben. Die vorgesehenen Lockerungen werden im Grundsatz begrüsst. Der Bundesrat gibt jedoch weiterhin keine Öffnungs-Perspektive und keinen Öffnungsplan vor. Eine mögliche Restaurantöffnung wird nicht einmal erwähnt. Die Massnahmen des Bundesrates bleiben willkürlich und unverständlich: Private Treffen drinnen mit 10 Personen ohne Schutzkonzepte sind erlaubt, Restaurants mit Schutzkonzepten müssen aber geschlossen bleiben. Es braucht verbindlichere Pläne, auch um die psychologische Belastung in der Bevölkerung zu reduzieren.

Selbstständig Erwerbende und Angestellte in Betrieben, welche immer noch geschlossen sind, fürchten mehr denn je um ihre Existenz. Welche Auswirkungen diese drastischen Massnahmen auf die betroffenen Unternehmen und Branchen mittel- und langfristig haben werden, ist noch kaum abzusehen. Klar ist, dass der derzeitige Lockdown massiven finanziellen Schaden anrichtet. Zudem werden Arbeitsplätze und auch unsere Zukunftsperspektiven zerstört. Kurzarbeitsentschädigungen lindern momentan die Problematik. Früher oder später muss jemand für diese massiven Ausgaben aufkommen. Langfristig brauchen all diese Menschen wieder den zwischenmenschlichen Kontakt in ihren Berufen. Eine finanzielle Entschädigung wird alleine unsere Bevölkerung nicht glücklicher machen, weil die sozialen Gegebenheiten derzeit nicht gegeben sind. Unter anderem deshalb auch nicht, weil eine Öffnungs-Perspektive fehlt.

Bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie darf der gesundheitliche Aspekt nicht mehr als einziges Kriterium betrachtet werden, sondern es müssen auch die soziale und die wirtschaftlichen Aspekte in die Beurteilung des Regierungsrates einfließen.

Sowohl die SVP Uri als auch die Junge SVP Uri wünscht daher vom Regierungsrat, dass er sich für folgende Punkte beim Bundesrat stark macht:

- Öffnungsschritte mit einem fixen Datum (Planungssicherheit der Betriebe)
- Öffnung aller Betriebe mit einem Schutzkonzept bis spätestens 22. März 2021
- Private sowie öffentliche Anlässe, welche ein Schutzkonzept aufweisen, spätestens ab 22. März 2021 wieder zu erlauben. Gegenfalls: Mit einer Schnelltestpflicht.

Der Bundesrat verliert derzeit leider an Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung und die Leute halten sich nicht einmal mehr an die sinnvollen Massnahmen. Damit erreicht der Bundesrat das Gegenteil von dem, was er zu erreichen versucht: nämlich steigende Infektionszahlen und massiv finanzielle Ausgaben durch willkürliche Massnahmen.

Die SVP Uri und die JSVP Uri geben der Hoffnung Ausdruck, dass unsere Anliegen in die Beurteilung des Regierungsrates einfließen. Bei Fragen stehen Fabio Affentranger (SVP Uri) und David Baumann (JSVP Uri) gerne zur Verfügung.

Politische Grüsse